

Warnstreiks im Nahverkehr: Mecklenburg-Vorpommern steht still!



In den kommenden Tagen sind zahlreiche Warnstreiks im öffentlichen Nahverkehr Deutschlands angekündigt, die erhebliche Auswirkungen auf die Mobilität der Bürger haben werden. Am Montag und Dienstag werden in Mecklenburg-Vorpommern Arbeitsniederlegungen stattfinden, die von der Gewerkschaft Verdi organisiert werden. Betroffen sind unter anderem mehrere Verkehrsgesellschaften, darunter die **Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim**, die Rostocker Straßenbahn AG sowie Nahbus Nordwestmecklenburg und viele weitere.

Die Warnstreiks starten am Montagfrüh mit dem Schichtbeginn und enden am Dienstag mit Schichtende. Gleichzeitig wird für Berlin ein Warnstreik bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) angekündigt. Dieser beginnt um 3.00 Uhr und ist auf eine Dauer von 24 Stunden festgelegt. Die S-Bahn ist von den Ausfällen nicht betroffen, da sie von der Deutschen Bahn betrieben wird.

Verdi hat das Angebot der BVG, datiert auf den 31. Januar, zurückgewiesen. Die BVG zeigt sich angesichts der angekündigten Streiks wenig verständnisvoll und kritisiert die Gewerkschaft.

Auswirkungen der Streiks

In den letzten Tagen fanden auch bereits Warnstreiks statt. So beteiligten sich rund 4000 Beschäftigte an Protesten in DHL-Paketzentren, wo es zu Verzögerungen bei Paketzustellungen kam. **Die Warnstreiks** konzentrierten sich unter anderem auf Standorte in Köln, Krefeld und Herford. Und auch in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt kam es zu neuen Warnstreiks, insbesondere in Städten wie Leipzig und Dresden.

Die Gewerkschaft ver.di, die zur Durchführung der Warnstreiks aufgerufen hat, fordert unter anderem eine Gehaltserhöhung von 8 % oder mindestens 350 Euro pro Monat. Zudem sollen drei zusätzliche Urlaubstage für die Beschäftigten in den Tarifverhandlungen durchgesetzt werden. Diese Tarifaufinandersetzungen betreffen etwa 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Hintergrund ist die erste ergebnislose Tarifrunde aus Januar 2025, woraufhin die Gewerkschaften mit diesen Warnstreiks Druck auf die Arbeitgeber ausüben wollen.

Kontext der Tarifverhandlungen

Die aktuelle Situation im öffentlichen Dienst ist stark von einem Personalmangel geprägt. Rund 500.000 Stellen sind unbesetzt, was die Belastung der Beschäftigten erhöht. Die nächste Verhandlungsrunde für die Tarifverhandlungen, die die Gehälter und Arbeitsbedingungen der Angestellten regeln sollen, findet am 17. und 18. Februar 2025 in Potsdam statt. Die kommunalen Arbeitgeber äußern Bedenken hinsichtlich der finanziellen Situation der Kommunen und kritisieren die Forderungen von ver.di als unrealistisch.

Die Warnstreiks zeigen einmal mehr, wie angespannt die Situation im Öffentlichen Dienst ist und wie dringend Verbesserungen für die Beschäftigten angefordert werden. Die Verhandlungen stehen damit vor einer entscheidenden Phase, in der sowohl die Perspektiven der Angestellten als auch die Möglichkeiten der Arbeitgeber aufeinanderprallen.

Statistische Auswertung

Ort: Potsdam, Deutschland

Vorfall: Verkehrsunfall

Beste Referenz: maz-online.de

Weitere Infos: stau.info

[Zum Originalartikel auf News-ag.com](http://News-ag.com)